

Protokoll des Workshops der AG Nachhaltige Digitalisierung auf der Plenarveranstaltung der Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg am 10.7.2025 in Potsdam

Digitalisierung für das Land und mit der Gesellschaft: Partizipative Digitalisierung für nachhaltige Entwicklung in Brandenburg

Veranstalter: AG Nachhaltige Digitalisierung - Peter Ligner, Brandenburg 21; Prof. Dr. Benjamin Nölting, Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE), Dr. Josephine Jahn, HNEE, InNoWest



1 Inputs

1.1 Peter Ligner (AG Nachhaltige Digitalisierung): Anforderungen an eine "partizipative Digitalisierung" in Brandenburg aus Sicht der bisherigen Arbeit der AG Nachhaltige Digitalisierung:

Peter Ligner unterstreicht in seinem Vortrag die Wichtigkeit einer Digitalisierungsstrategie, die nicht nur die Landesebene und Fachressorts adressiert, sondern auch die lokale Ebene und Kommunen systematisch mit einbezieht. Teil davon ist auch eine partizipative Digitalisierung mit breitem Beteiligungsprozess der gesellschaftlichen Akteure.

Digitalisierung muss nachhaltig gestaltet werden, hier gibt es aber begriffliche Unschärfen. Die AG hat sich bewusst dafür entschieden, sich der nachhaltigen Digitalisierung zu widmen und Digitalisierung als Prozess zu begreifen, der sich nicht nur auf einzelne digitale Instrumente beschränkt.

Herr Ligner weist auf einige politische Änderungen hin, die in diesem Zusammenhang wichtig werden könnten: zum einen hat die Landesregierung beschlossen die Zuständigkeit für verschiedene digitale Bereiche zu bündeln (Ministerium für Justiz und Digitales, MdJD), zum anderen soll ein zentrales Digitalbudget hierbei als Steuerungsinstrument dienen. Wie die konkrete Umsetzung aussieht, ist allerdings noch nicht klar.

Im Anschluss stellt Herr Ligner die Arbeitsgemeinschaft und ihre Ziele detaillierter vor. Die AG möchte den digitalen Wandel und Nachhaltigkeitstransformation auf die kommunale Ebene herunterbrechen. Dies gelingt vor allem durch die Verknüpfung von verschiedenen kommunalen Entwicklungsstrategien. Teilhabe, als Kernstück der Demokratie, ist dabei ein zentrales Anliegen. Besonders digitalpolitische Konzepte wie die Smart City erfordern von Beginn an Partizipationsmöglichkeiten. Gerade bei Digitalisierung besteht in der Zivilgesellschaft der Wunsch nach mehr substanzieller Beteiligung, auch auf der Entscheidungsebene.

Herr Ligner nennt darüber hinaus folgende offene Prozesse, bei denen sich die AG einbringen möchte:

- Überarbeitung der Digitalstrategie durch die Landesregierung inklusive der Zielstellung einer nachhaltigen Digitalisierung in Brandenburg
- Beteiligungsprozesse stärken, insbesondere für Dialogformate in Regionen
- Das Einsetzen eines (unabhängigen) Rat für Nachhaltige Digitalisierung Brandenburg unter Beteiligung von der Zivilgesellschaft
- Das Digitalbudget muss einen nachhaltigen Zielrahmen bekommen, damit es wirklich steuern kann

1.2 Roman Lange (Büroleiter des Landrats, Landkreis Havelland):

Roman Lange schildert in seinem Vortrag die spezifischen digitalpolitischen Erfahrungen aus Sicht eines Landkreises. Er bemängelt dabei die sehr starke Fokussierung auf die Landesebene, die zu wenig Sicht auf Kommunen mit ihren spezifischen Problemen wie Fachkräftemangel und begrenzte Ressourcen legt. Sichtbar wird dies am Beispiel des Onlinezugangsgesetz (OZG), das immer noch nicht wirklich umgesetzt ist (alle Leistungen sollen digital zur Verfügung gestellt werden). Grund ist zum einen, dass Unterstützungszusagen von Landesseite nicht umgesetzt wurden, aber auch, dass die Kommunen zu wenig proaktiv vorangegangen sind.

Ein Schlüsselpunkt für das Gelingen solcher Digitalvorhaben ist nach Herrn Lange die Zusammenarbeit der Kommunen und Landkreise. Zersplitterte Lösungen führen dazu, dass bereits schon knappe Ressourcen zu stark gebunden werden. Das Thema ist viel zu groß für eine Person, weil alle Bereiche gebündelt werden müssten (IT, Wissensmanagement, Change Management). Wenn Austausch sichergestellt wird und kooperative, übergreifende Lösungen gefunden werden, kann Digitalisierung im Gegenzug auch Ressourcen einsparen. Ein Best-Practice-Beispiel ist hier das Förderprogramm mit 20.000 Euro für die Brandenburg App (Smart Village App). Der Landkreis hat die App eingerichtet und stellt sie seinen 13 Kommunen ebenfalls zur Verfügung. Die Landkreise müssen solche Anreize für Kommunen schaffen, ein Beispiel ist ein Bürgerchatbot, der in der App verfügbar ist und so ebenfalls den Kommunen zur Verfügung gestellt wurde. Auch von anderen Bundesländern lässt sich lernen, z.B. gibt es in Schleswig-Holstein ein Treffen aller Digitalbeauftragten. Nach diesem Vorbild hat Herr Lange ein ähnliches Format initiiert auf dem sich die Chief Digital Officer der Landkreise nun monatlich austauschen werden, da sie dieselben Herausforderungen haben.

1.3 Malte Specht (Bad Belzig, Zukunftsschusterei, Smart City Modellprojekt):

Malte Specht stellt die Smart City Bad Belzig/ Wiesenburg (Mark) vor, die eines der vom Bund geförderten Modellprojekte ist. Im Zuge der Umsetzung sind in Bad Belzig verschiedene Projekte verwirklicht worden, z.B. die kommunale App-Lösung (Smart Village App Bad Belzig), die inzwischen bundesweit verbreitet ist, oder auch Projekte im Bereich Planen mit Daten, bei der Sensorik eingesetzt wird, um die Bodenfeuchte zu messen.

Als Herausforderungen nennt Herr Specht praktische Fragen, zum Beispiel nach Host-Lösungen, die aber weitreichende Konsequenzen für die Abhängigkeiten von Anbietern haben können (Lock-in Effekte). Durch die zersplitterte Struktur und Zuständigkeiten können solche Entscheidungen auf kommunaler Ebene nur schwer informiert getroffen werden. Auch wenn Open Source Projekte eine Lösung sein können, gibt es kaum eine nachhaltige Finanzierung von Open Source. Hinzu kommt, dass kommunale Projekte hochspeziell sind und es keine Community gibt, wie bei anderen Open Source Lösungen.

Eine Lösung für das Hosting könnten z.B. große Rechenzentren auf Landesebene sein, die innovationsoffen sind und OZG-Dienste bereitstellen. Die zentrale Bereitstellung von leistungsfähiger Infrastruktur sollte ein Ziel sein und nicht der häufig stattfindende Verkauf von Infrastruktur, der sich später rächt. Zudem sind Parallelstrukturen sehr ineffizient. Dies gilt auch für den Einkauf von OS-Software. Die Bündelung von Ressourcen könnte auch dabei helfen, IT-Fachkräfte in den Kommunen zukünftig angemessen zu bezahlen um häufige Fluktuationen zu vermeiden.

1.4 Dr. Josephine Jahn (HNEE, Projekt InNoWest): Erfahrungen und Thesen zur Digitalisierung in Kommunalverwaltungen

Josephine Jahn berichtet aus dem Projekt InNoWest, das u.a. kommunale Bedarfe bei der nachhaltigen Digitalisierung beforscht hat. In den Befragungen von Kommunen werden v.a. knappe Kassen als Hindernis genannt und eine fehlende Priorisierung, da nachhaltige Digitalisierung keine kommunale Pflichtaufgabe ist (außer das OZG). Die Verwaltungen sind aber mit den Grundsatzaufgaben bereits ausgelastet. Digitalisierung und Nachhaltigkeit werden dazu häufig nicht zusammen gedacht, weil die Kapazitäten der Kommunen anderweitig gebunden sind.

Auch die Abhängigkeiten von Software, weil Gesamtlösungen eingekauft werden, die aber nicht flexibel genug sind, benennt Frau Jahn als Schwierigkeit. Kleine Kommunen haben darüber hinaus wenig spezialisierte Expertise, da es oft auch nur wenig Fallzahlen für bestimmte Bedarfe gibt. Hinzu kommt, dass Effekte der Digitalisierung durch Parallelstrukturen oft keine Wirkung entfalten, z.B. im Fall der elektronischen Parallelregistratur, bei der analoge und digitale Ablage nebeneinander betrieben wird. Als Handlungsempfehlungen schlägt Frau Jahn v.a. eine Zentralisierung vor, z.B. in Form von Rahmenverträgen für Software und Hardware, aber auch für die Beratung. Technische Beratung und Beratung zur Implementierung von neuen Lösungen und den notwendigen organisationalen Umstellungen dafür. Hier könnte beispielsweise eine Beratungsstelle Empfehlungen für IT-Lösungen für die Verwaltung geben, z.B. für die E-Akte. Es sollte darüber hinaus mehr auf Open Source gesetzt werden, die von einem kommunalen Dienstleister betrieben werden. Wichtig ist beim Thema Digitalisierung aber auch, dass Kommunen ihre regionalen Zielstellungen definieren: wo braucht man Digitalisierung, wo macht es überhaupt Sinn? Denn digitale Anwendungen sind mit erhöhtem Ressourcenverbrauch verbunden (insbesondere KI).

2 Diskussion in Kleingruppen: Schnittstellen zwischen Land und Kommunen zur Gestaltung einer Digitalisierung für nachhaltige Entwicklung

2.1 Gruppe 1: Was brauchen Kommunen vom Land?

Bei den Unterstützungsmöglichkeiten des Landes für die Kommunen, diskutierte die Gruppe die Notwendigkeit der Zentralisierung, die mit viele Fragestellungen verknüpft ist. Zum einen ist die zersplitterte Nachfrage bei gleichem Bedarf im Föderalismus begründet und auch gesetzliche Vorgaben, wie das Beschaffungsrecht, stehen der Zentralisierung entgegen. Unklar ist auch, wer zentralisieren soll, bzw. auf welcher Ebene zentralisiert werden soll (EU, Bund, Land, LK, Gemeinden?). Nachhaltige Digitalisierung könnte als mögliche Gemeinschaftsaufgabe definiert werden, als eine Art Pakt von Land und Kommunen. Wichtig ist dabei, dass Digitalisierung nicht nur als technisches Problem definiert wird

Der Austausch und Kooperationen werden als sehr wichtig erachtet. Bisher läuft aber viel über informelle Kontakte, weil Strukturen fehlen, die solchen Austausch gezielt fördern. Vernetzung erfolgt so meist aus Eigeninitiative, dies erfordert aber entsprechende Freiräume, z.B. für Dienstreisen und Ressourcen (gerade für Kommunen wichtig). Der Austausch sollte sowohl auf Fach- als auch Verwaltungsebene stattfinden. Die Kommunen wünschen sich ein übergreifendes Portal für einzelne Dienste.

Ein weiterer zentraler Punkt in der Diskussion waren Finanzierungsfragen. Digitalisierung ist sehr dynamisch und braucht langfristige Finanzierung, um der Dynamik Rechnung zu tragen. Dies gilt insbesondere auch für Open Source Software, die eben nicht nur benutzt, sondern auch gepflegt werden muss. Dies benötigt Ressourcen und auch personelle Kapazitäten.

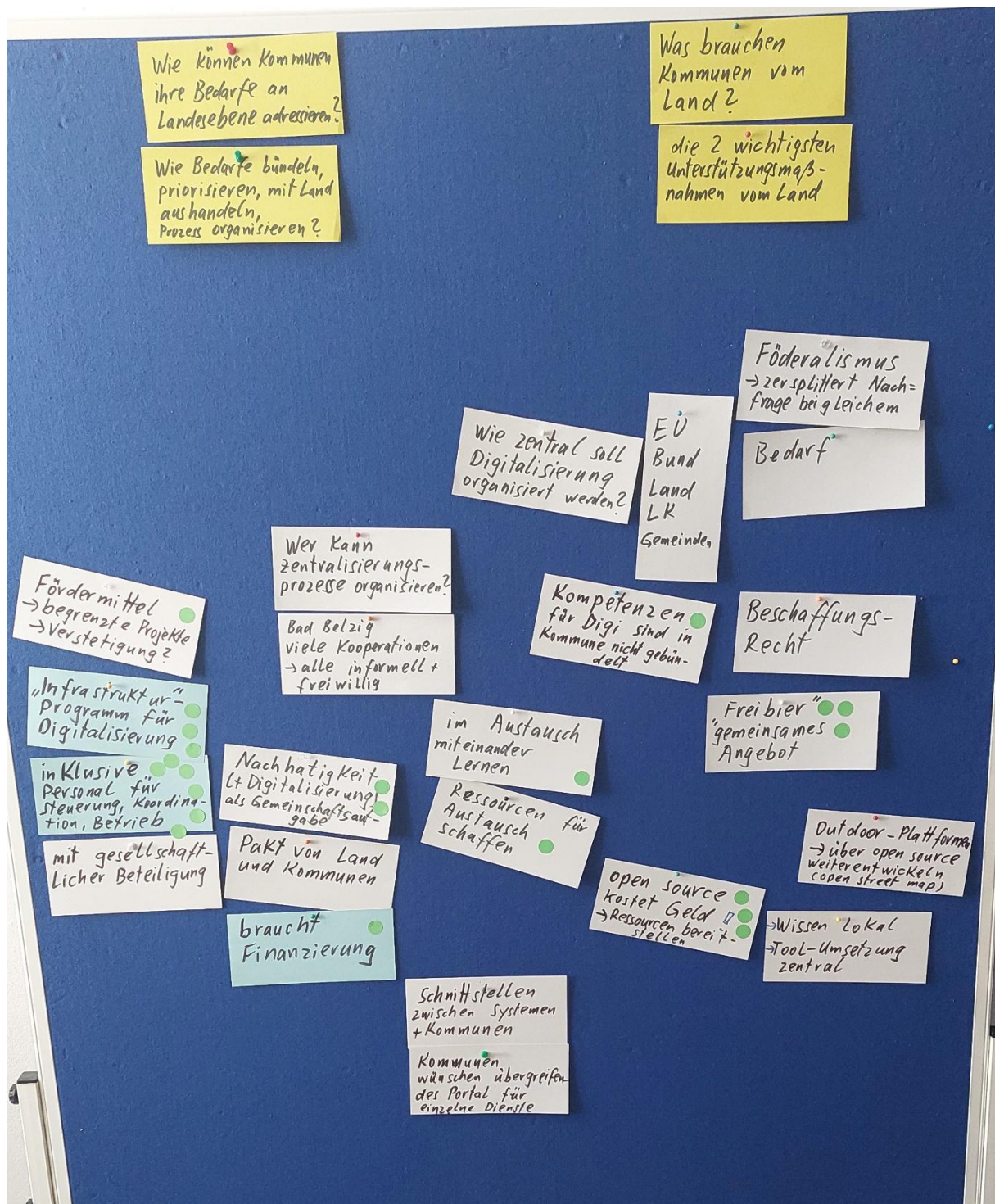


Abbildung 1: Ergebnisse Gruppe 1

Zum Abschluss der Diskussion wurden drei zentrale Punkte festgelegt:

- Ein „Infrastrukturprogramm“ für Digitalisierung, inklusive Personal für Steuerung und Koordination wird benötigt: die Förderung für Kurzzeitprojekte hilft nur bedingt, weil die digitale Entwicklung so dynamisch ist.
- Finanzierung wird für jegliche Art von Zentralisierung, z.B. kommunale IT-Dienstleister und auch für Open Source Lösungen gebraucht.
- Für Kommunen müssen standardisierte Lösungen angeboten werden, die – wenn kostenfrei zur Verfügung gestellt – in der Regel auch sehr gut angenommen werden.

2.2 Gruppe 2: Wie können Gemeinden und Landkreise bei der Digitalisierung zusammenarbeiten?

Auch die zweite Gruppe betonte in ihrer Zusammenfassung die Wichtigkeit eines Austauschs z.B. auf der Landkreis-Ebene, für das aktuell in Brandenburg ein neues, monatliches Format geschaffen wird (zwischen den CDOs der Landkreise). Ein Format, bei dem die Bedarfe von Kommunen und Landkreisen erfolgreich erfasst wurden, war ein Workshop, der gemeinsam mit InNoWest im Jahr 2024 umgesetzt wurde. Hier kamen Vertreter*innen der föderalen Ebenen zusammen, tauschten sich zu ihren Bedarfen im Hinblick auf KI-Chatbots aus und konnten sich auf prioritäre Anwendungsfälle einigen.

Im Hinblick auf die Schnittstellen zwischen Landkreis und Gemeinden ist es wichtig, gemeinsame Themen und Standards zu schaffen, sodass für alle Beteiligten ein Mehrwert ersichtlich wird. Solche Anreize können z.B. finanzielle Einsparungen sein, die dadurch entstehen, dass digitale Lösungen nur einmal entwickelt werden, dann aber möglichst vielen Akteuren zur Verfügung gestellt werden (ohne dass immer neue Kosten entstehen). Beim Landkreis Havelland hat es bereits funktioniert, dass der Landkreis etwas für sich beschafft und dann seinen Kommunen kostenlos zur Verfügung stellt (z.B. Smart Village App für den Landkreis und seine 13 Kommunen). Ebenfalls beschafft werden soll ein KI-Chatbot, der in die App integriert wird und somit ebenfalls den Kommunen des Landkreises zur Verfügung steht. Die Landkreise können also – wie am Beispiel des Landkreis Havelland ersichtlich – eine Schnittstellenfunktion zu „ihren“ Kommunen bei der Digitalisierung übernehmen und somit Aufgaben bündeln. Allerdings ist der Mehrwert für den Landkreis selbst gering – für den Landkreis führt das Vorgehen eher zu Mehrarbeit, da die Bedarfe der 13 Kommunen koordiniert werden müssen.

Besprochen wurde in der Gruppe auch noch einmal das Open-Source-Prinzip der Smart Village App, dass besagt, dass ein einmal entwickeltes und Modul für die App, weiteren Kommunen kostenlos zur Verfügung gestellt wird (z.B. das Modul Ehrenamtsplattform). Das ist hilfreich für den Transfer.



Abbildung 2: Ergebnisse Gruppe 2

Zum Abschluss der Diskussion wurden zwei zentrale Punkte festgelegt:

- Landkreise sollten eine Schnittstellenfunktion für „ihre“ Kommunen übernehmen.
- Austausch zwischen den Landkreisen, aber auch zwischen Landkreisen und Kommunen sind in geeigneten Formaten sinnvoll und möglich, insbesondere wenn diese durch gemeinsame Themen und Herausforderungen Überschneidungen sehen und die arbeitsteilige Bearbeitung von Digitalisierungsherausforderungen einen Mehrwert klar erkennen lässt.
- Austausch und Koordinierung führen aber auch zu Mehrarbeit